

Fördermittel in erheblichen Umfang an gewerkschaftlichen Verein

Aus gut informierten politischen Kreisen haben wir diese Meldung erhalten. Allerdings ist durch einen technischen Datenübertragungsfehler aus zufälligen Textbausteinen eine Fehlmeldung geworden. **Die Wirkung der fehlerhaft zustande gekommenen Pressemitteilung erzielte eine erstaunliche Wirkung. Der Geschäftsführer eines Berliner Mietervereins rief in unserem Büro relativ zeitnah an und stieß in dem Telefonat, jedenfalls dem Erachten des Gesprächspartners nach, wüste Beschimpfungen und Drohungen aus, dies passt auch im allgemeinen Umgang mit unserer Vereinsführung, denn schon vor Gründung des Spandauer Mietervereins für Verbraucherschutz e.V. am 17. Oktober 2008, hat in Person ein anderer Geschäftsführer das Berliner Vereinsgericht zweimal angeschrieben und das zuständige Amtsgericht aufgefordert unseren Verein nicht zuzulassen. Selbstverständlich können diese Schreiben jederzeit interessierten Journalisten vorgelegt werden. Unsere Vereinsführung wird sich jedenfalls an einer Schlammschlacht, die nur eine schlechte Inszenierung sein kann, nicht beteiligen. Unser Hauptaugenmerk ist es die Verbraucher zu schützen vor Willkür und Überforderung. Die Reaktion anderer zeigt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden, um als Einzige offensichtlich für Gerechtigkeit in unserem Land zu sorgen, die Moral ist jedenfalls auf unserer Seite.**

Richtigerweise heißt es in der Urschrift, dass offensichtlich gewerkschaftlich tätige Vereine einerseits Fördermittel erhalten oder Sachmittel zur Verfügung gestellt bekommen, dies ist öffentlich allgemein bekannt. Gemeinnützige Vereine erhalten leider nicht die Förderung die ihnen zustehen müsste, um sozialschwache in der notwendigen Art und Weise zu unterstützen. Der Senat von Berlin ist aufgerufen gemeinnützige Vereine die durch das Finanzamt für Körperschaften geprüft sind zu unterstützen, um sich der sozialpolitischen Verantwortung in dieser Stadt zu stellen. Die Menschen sind in Ihren Wohnungen oft überfordert und verzweifelt durch Mieterhöhungen, hohe Nebenkosten, Schimmelbildung, schlechter Zustand der Baukörper und durch Aufforderung zum Wohnungswechsel, sowie einer drohenden Obdachlosigkeit. Die Liste der Aufzählungen ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Steuerzahler in unserem Land können erwarten, dass öffentliche Fördergelder denen zufließen, die durch ehrenamtliche Arbeit das soziale Gefüge zusammenhalten, die Schieflage ausgleichen und ein klein wenig für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft sorgen.

Es muss einen Weg in der Gesellschaft geben, der aus der Armut führt; schon allein der Kinder, der älteren und der gesundheitlich Angeschlagenen wegen.

Den Regierungsfractionen in unserer Stadt sei das Zitat eines deutschen Schriftstellers ins Stammbuch geschrieben:
Das hatten Kapitalisten und Kommunisten immer gemein: die vorbeugende Verdammung eines dritten Weges. G.G.